

Kushtetuta! Kushtetuta! **Vier Jahre Demokratie in Albanien**

In ihrem Buch *High Albania* (1909)¹, wohl eine der schönsten Reiseschilderungen des kleinen Balkanstaates, die je veröffentlicht wurden, beschreibt die wagemutige Engländerin Edith Durham auf ihrer Reise durch Puka im wilden Norden des Landes ihre Eindrücke von der Ausrufung der Verfassung der Jungtürken im Jahre 1908.

*"Puka is a very large tribe of seven bajraks - Puka, Komani, Dushaj, Cheriti, Chiri, Berisha and Merturi-Gurit, and Kabashi. It is partly Moslem and partly Christian. Puka is the gathering-place for all. Three days before, they had celebrated 'Constitution,' and enjoyed themselves immensely, said the hanjee. Now they would like to know what Constitution was."*²

Am 6. November 1994, stimmten die Albaner über eine neue Verfassung (*Kushtetuta*) ab³. Das Ergebnis der Volksabstimmung war - zur Überraschung vieler Beobachter - ein überwältigendes Nein⁴. Die albanischen Wähler hatten die einzige demokratische Verfassung ihrer Geschichte abgelehnt, ein Grundgesetz, das ihnen zum ersten Mal Grundrechte und Freiheiten gewährt hätte, die andere Europäer seit Jahrzehnten für selbstverständlich halten. Trotz der massiven Ablehnung waren sich alle im Lande, die den Verfassungsentwurf gelesen hatten, einig, daß es sich um einen guten Entwurf handelte, der zeitgenössischen, europäischen Normen entsprach. Ausländische Fachleute und internationale Organisationen wurden konsultiert und hatten im Voraus ihr *imprimatur* abgegeben.

Es versteht sich von selbst, daß die neue Verfassung einige Kontroversen mit sich brachte. Brisant waren Teile des Entwurfes, die dem Staatspräsidenten eine nicht unbeträchtliche Kontrolle über das Rechtssystem gaben, sowie der folgende, etwas eigenartige Artikel (7.4): "Die Führer der größeren Glaubensgemeinschaften müssen albanische Staatsbürger sein, die in Albanien geboren wurden und ohne Unterbrechung seit zwanzig Jahren in Albanien gelebt haben." Letzterer Artikel gab im benachbarten Griechenland Anlaß zu großer Aufregung, denn das derzeitige Oberhaupt der albanisch-orthodoxen Kirche ist griechischer Staatsbürger.

Normalerweise hätte der Verfassungsentwurf Sache des albanischen Parlaments, des *Kuvendi Popullor*, sein müssen. Da aber die regierende Demokratische Partei nicht über die notwendige zwei-drittel Mehrheit im Parlament verfügte, zog es Staatspräsident Sali Berisha vor, die Verfassung direkt vom Volk bestätigen zu lassen. Die Opposition reagierte wie erwartet mit Entrüstung und Wut über diesen Schachzug. Die regierende Partei, die sich von ihren frustrierten und enttäuschten Wählern stark unter Druck gesetzt fühlte, brauchte

¹ *Mary Edith Durham*, *High Albania* (London: Edward Arnold 1909, Nachdruck London: Virago 1985) 352 S.

² *Durham*, op. cit., S. 235.

³ *Projekti i Kushtetutës së Republikës të Shqipërisë* (Tirana 1994) 31 S.

⁴ Die amtlichen Ergebnisse sahen folgendermaßen aus: Wahlberechtigte: 1.985.986; Beteiligung: 1.676.833 (84,43%); Ja: 699.245 (41,7%); Nein: 903.630 (53,9%); ungültige Stimmen: 73.958 (4,4%).

dringend ein Zeichen öffentlicher Bestätigung und hoffte durch das Referendum über eine neue demokratische Verfassung etwas gefunden zu haben, das keiner als Ganzes zurückweisen konnte.

Von Anfang an wurde die Verfassungskampagne wie eine politische Wahl durchgeführt und entsprechend von allen Beobachtern als Zeichen des Vertrauens bzw. des Mißtrauens in die neue Regierung angesehen. Der Entwurf, den die meisten Albaner nie gesehen, geschweige denn studiert hatten, wurde sehr bald zweitrangig. Am 6. November 1994 wurde die Verfassung abgelehnt. Dabei muß klar und deutlich betont werden, daß die Albaner nicht gegen die neue Verfassung an und für sich, und mit Sicherheit nicht gegen die Freiheit und Demokratie gestimmt hatten, sondern einfach gegen die Demokratische Partei und Staatspräsidenten Sali Berisha.

Trotz dieser Ablehnung müssen viele Errungenschaften der letzten Jahre Präsident Berisha und seiner Demokratischen Partei als Verdienst angerechnet werden. Sie haben Albanien der Außenwelt geöffnet und den Weg zur Integration ins Europa der neunziger Jahre geebnet. Nach Jahrzehnten sozialistischer Mißwirtschaft haben sie schnell und radikal die Grundsteine für eine freie Marktwirtschaft gelegt und die Grundsätze von Pluralismus und parlamentarischer Demokratie in einem Land mit sehr wenig demokratischen Traditionen zur Geltung gebracht. Die albanische Bevölkerung, die seit ewiger Zeit Not und Leiden gewohnt war, machte anfänglich mit und zeigte sich bereit, die unvorstellbare Last schwerer Wirtschafts- und Währungsreformen auf sich zu nehmen in der Hoffnung eines Tages wie Europäer leben zu können. Ackerland konnte schnell und gründlich verteilt und privatisiert werden. Bald darauf blühte die Landwirtschaft, wodurch die Bevölkerung zum ersten Mal ausreichend mit Lebensmitteln versorgt werden konnte. Auch wurde die Inflation schnell unter Kontrolle gebracht, so daß der albanische *Lek* überraschenderweise zu einer der stabilsten Währungen Europas wurde⁵. Im Vergleich zu Rußland und zu vielen anderen Ostblockstaaten ist Albanien sehr gut vorangekommen. Die Veränderungen im Lande sind in der Tat atemberaubend.

Dennoch, um Miss Durham nochmals zu zitieren: "*It is hard to be hurled from somewhere about the fourth century, at latest, into the twentieth, without one breathing-space.*"⁶ Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Diktatur, die Enver Hoxha ein Halbesjahrhundert lang perfektioniert und zur Spitze getrieben hatte, blieb Albanien mit einer Volkswirtschaft zurück, die sich eher mit einer aus der Sahelzone vergleichen läßt. Es gab kaum intellektuelle Führung und das Kulturleben lag in Ruinen. Nur in engster geographischer Hinsicht gehörte Albanien zu Europa. Ein neues Albanien aufbauen erweist sich kaum einfacher als ein neues Äthiopien oder ein neues Somalia aufbauen. In mancher Hinsicht ist Albanien ein hoffnungsloser Fall und wird einige Zeit auch so bleiben.

Trotz obenerwähnter Reformen grundlegender Natur leidet Albanien unter stetigem Chaos. Es ist ein schlechtsteuerbares, vielleicht unregierbares Land geworden. Der albanischen Regierung ist es nicht gelungen ein stabiles und attraktives Klima für Investoren und Geschäftsleute zu schaffen. Ausländische Investitionen bleiben zurück, vor allem auf Grund der schlechten Infrastruktur (miserable und inzwischen überlastete Straßen, schwierige Telefonverbindungen, tägliche Stromunterbrechungen, fragliche öffentliche Sicherheit usw.)

⁵ Für Einzelheiten der Währungspolitik, vgl. u.a. 'Albania. International Monetary Fund. Economic Reviews 5' (Washington 1994) 114 S.

⁶ *Durham*, op. cit., S. 328.

aber auch wegen Korruption und Bürokratie. Die Wirtschaft des Landes kann nur am Leben bleiben dank der Überweisungen vieler junger Albaner, die im Ausland meistens schwarz arbeiten, vor allem in Griechenland, Italien, Deutschland und der Schweiz.

Die albanische Nation taumelt von einer Katastrophe zur anderen. Kaum was ist gemacht worden, um das organisierte Verbrechen, die rapid steigende Umweltverschmutzung, oder die dramatische Zunahme der Landflucht von den Bergen im Norden und Osten runter in die um Tirana und Shkodër um sich greifende Barackensiedlungen zu bekämpfen. Die Abgase Zehntausender Schrottautos in der Hauptstadt erzeugen genug Luftverschmutzung, um Besuchern aus Istanbul oder Athen das Gefühl zu geben, sie seien dort zu Hause. Beinahe alle Grünanlagen in Tirana sind einer unkontrollierten Bauwut zum Opfer gefallen. Wo vor fünf Jahren Gras wuchs, liegt eine Betonschicht für die inzwischen unzähligen Kneipen und Kioske. Der kleine Fluß Lana, der damals durch Wiesen und zwischen hohen Bäumen floß, enthält schon mehr ungeklärtes Abwasser und Müll als Niederschlag. In den letzten Monaten ist sein Bett auch zu einer Begräbnisstätte für Autowracks geworden. Im August/September 1994 ist die Cholera in Mittelalbanien ausgebrochen⁷. Tuberkulose und Hepatitis sind weit verbreitet. AIDS wird von der Bevölkerung in den ersten Zügen einer sexuellen Revolution verschwiegen und ignoriert, und die am Anfang des Jahrhunderts an der Küste so endemisch grassierende Krankheit Malaria steht wieder vor der Haustür.

Die derzeitige Unzufriedenheit und Frustration der albanischen Wähler mit der Lage der Nation und daher mit ihrer Regierung stammen in der Regel jedoch von bei weitem konkreteren Faktoren, etwa die massive Arbeitslosigkeit und bei den wenigen, die sichere Arbeitsplätze haben, niedrige Gehälter von durchschnittlich umgerechnet DM 150, wovon eine Familie angesichts der vielen Importwaren auch bei großer Bescheidenheit nicht überleben kann. Nach dem Zusammenbruch der Diktatur hegten viele Albaner naive und von einem ständigen Fluß gut meinender ausländischer Berater genährte Erwartungen, daß das kleine Gebirgsland mit seinen unberührten Almen und Stränden innerhalb von wenigen Jahren zu einer *Svicra e dytë*, einer zweiten Schweiz, werden könnte. Das Geld würde fließen und Albanien würde die ihm gebührende Stelle als volles Mitglied der Europäischen Union einnehmen. Inzwischen ist die Realität eingeleitet. Das Fehlen von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und ausländischen Investitionen hat bei der Bevölkerung ein weitverbreitetes Gefühl von Verzweiflung und Bitterkeit erzeugt.

Es gibt dennoch auch andere Gründe, die zur Ablehnung der Volksabstimmung beitrugen. Die vielen ehemaligen Grundbesitzer im Lande sind in bezug auf ihre unerfüllten Rechtsansprüche von der Regierung enttäuscht. Die Südalbaner, deren wirtschaftliche Existenz zum großen Teil von Überweisung von in Griechenland lebenden Verwandten abhängt, fühlten sich durch die im Jahre 1994 deutliche Verschlechterung der Beziehungen zwischen Albanien und seinem südlichen Nachbar bedroht. Obgleich sie im Allgemeinen hinter den Bemühungen des Landes standen, der wachsenden Ansprüche griechischer Extremisten entgegenzutreten, die zur "Befreiung von Nordepiros" ausriefen, betrachteten sie die Regierung von Sali Berisha als mindestens zum Teil für die Verschlechterung der Beziehungen verantwortlich, vor allem nach den schlecht geführten Gerichtsverhandlungen im Sommer 1994 gegen fünf Mitglieder der in Südalbanien ansässigen griechischen Minderheit⁸. Die Anwesenheit während der Verfassungskampagne von Politikern aus dem

⁷ Die ersten Fälle traten im Raum Kuçova - Berat - Elbasan auf.

⁸ Am 7. September 1994 wurden die fünf Angeklagten von Gericht in Tirana zu Strafen von bis zu acht Jahren Haft verurteilt.

benachbarten Kosovo mit ihrer nationalistischen Rhetorik trug nur dazu bei, unter den breiten Massen den latenten Haß gegen die Kosovo-Albaner und überhaupt gegen die Regierenden aus dem Norden (z. B. Tropoja!) zu schüren und ein Gefühl von "Albanien den (einheimischen) Albanern" zu nähren. Die Bauern im Lande, denen es *relativ* gut ging, fanden sich zum ersten Mal mit dem Begriff 'Steuer und Abgaben' konfrontiert und kamen zum einfachen und dennoch nicht unüberlegten Schluß, daß es besser wäre, da die jetzige Regierung drei Jahre brauchte, um die ersten Steuern zu erheben, eine neue Regierung zu wählen und damit nochmals drei Jahre Ruhe zu haben.

Eine Regierung, die ein Steuersystem in ein Land einführt, in dem solche unangenehme kapitalistische Erfindungen früher unbekannt waren, macht sich keine Freunde. Auf der anderen Seite bedeutet der Mangel an Steuergeldern und Einnahmen, daß der klägliche Zustand der Infrastruktur und die niedrigen Gehälter für Staatsbeamte nicht verbessert werden können. Die derzeitigen Gehälter reichen kaum aus, um Lebensmittel zu kaufen, ganz zu schweigen von Kleidern und Heizungskosten. Niedrige Gehälter ihrerseits fördern die grassierende Korruption im Lande, denn, um seine Familie zu ernähren, *muß* der Beamte andere Einkünfte finden. Vorwürfe von Korruption auf allen Ebenen haben sich in den letzten Monaten gehäuft.

Die wichtigste Einzelursache in dem Verfassungsdebakel lag jedoch in die Kampagne selbst. Jeden Abend, zwei Wochen lang, sendete das albanische Staatsfernsehen eine ohrenbetäubende Propaganda über die Verfassung und die Volksabstimmung. *Media overkill* wie noch nie. In den ersten Tagen waren die Zwanzig-Uhr-Nachrichten von pflichtbewußten Bürgern erfüllt, die die Abstimmungsentscheidung von Präsident Berisha lobten. Eine ganze Woche danach folgte die Nation, von allen anderen nationalen und internationalen Nachrichten beraubt, jubelnden Szenen des Staatspräsidenten auf seiner Wahlkampagne. Jeden Abend wurden die gleichen Drehaufnahmen an verschiedenen Orten wiederholt: die Ankunft des Präsidenten mit seinem Konvoi, populistische Reden vor begeisterten Massen, Bezeugungen der Treue von örtlichen Politikern und Abgeordneten, der Besuch bei der Familie von Kriegsveteranen oder bei einer sonst verdienten Person, die die dringende Notwendigkeit einer neuen Verfassung für das Land verstand, und dann die Abfahrt zum nächsten Ort mit Tränen, Applaus und Fahنشwingen.

Über die Wirklichkeit hinter solchen Massenveranstaltungen wurde auch bald offen diskutiert. Teilnahme wurde zum Teil mit traditionellen Methoden angeregt. Ein Lehrer aus Elbasan mußte sich zum Beispiel schriftlich verpflichten, mit *allen* seinen Schülern dabei zu sein, sonst stünde ihm eine Stelle in einem Gebirgsdorf frei. Gruppen und Individuen, die Flugblätter gegen die Verfassung verteilt hatten, wurden verhaftet und von der Polizei zum Teil schwer mißhandelt.

Der albanische Rundfunk und das albanische Fernsehen erwiesen sich während der ganzen Verfassungskampagne als genau so unterwürfig der Demokratischen Partei gegenüber als sie derzeit der kommunistischen Partei der Arbeit gewesen waren. Die Reaktion des Publikums war bitter und allergisch.

Seit geraumer Zeit haben Fernsehzuschauer gewußt, daß der Staatssender aus Tirana sich nicht einmal bemüht unparteiisch oder politisch neutral zu erscheinen. In privaten Gesprächen beschwerten sich Journalisten und Nachrichtensprecher über die unsichtbare Zensur, über häufige Anrufe von wichtigen Personen, die entscheiden wollen, welche Interviews und Berichte zu senden oder nicht zu senden sind. Sie sind aber machtlos, Widerstand zu leisten, denn Staatsbeamte in Albanien haben weder Arbeitsverträge noch

soziale Sicherheit und wissen wie schnell sie entlassen werden können, wenn sie von der Parteilinie abweichen. So kommt die Opposition in diesen Medien selten zu Wort.

In den Druckmedien ist die Situation ganz anders. Hier hat sich Pressefreiheit früh durchgesetzt. Die erste unabhängige Zeitung des nachkommunistischen Albaniens war *Rilindja Demokratike* (Demokratische Wiedergeburt), die Stimme der damals oppositionellen Demokratischen Partei, welche seit dem Winter 1991 erscheint. Zur Zeit gibt es Dutzende von Zeitungen, die in Tirana und in anderen albanischen Städten erscheinen, meist in Verbindung mit politischen Parteien und Gruppierungen. Der Stand des Journalismus läßt sehr viel zu wünschen übrig, aber politische Meinungsfreiheit scheint sich allgemein durchzusetzen. Von den heutigen Oppositionsblättern ist *Koha Jonë* (Unsere Zeit) unter den interessantesten. 1993 machte die Regierung einen tolpatschigen Versuch, *Koha Jonë* zu unterdrücken, als es noch ein Skandalblatt aus Lezha war. Seine Verleger Aleksandër Frangaj und Martin Leka wurden verhaftet und am 31. Januar 1994 wegen des Verrates von Militärgeheimnissen verurteilt. Seit der Zeit sind aber keine offenen Versuche mehr unternommen worden, die Pressefreiheit zu unterbinden. Das journalistische Niveau bei *Koha Jonë* hat sich im letzten Jahr verbessert und trotz eines höheren Verkaufspreises bleibt sie die meistgelesene Zeitung in Albanien. *Rilindja Demokratike* seinerseits, nunmehr das amtliche Sprachrohr der Demokratische Partei, hat sich nie - auch nach den sehr bescheidenen albanischen Normen - zu einer ernstzunehmenden, lesbaren Zeitung entwickeln können, wie zum Beispiel von einer italienischen Zeitung aus Bari herausgegebene *Gazeta Shqiptare* (Die albanische Gazette) oder die von den Kosovo-Albanern in Tirana veröffentlichte *Rilindja* (Wiedergeburt), die je nach politischer Lage eine Parallelausgabe unter anderem Namen in dem militärisch besetzten Prishtina herausgibt.

Ist Albanien ein demokratisches Land, in dem Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden? Die Antwort ist Ja und Nein. Während der letzten fünf Jahre ist ausgesprochen viel in Richtung Demokratie erreicht worden, insbesondere durch die Demokratische Partei und den Staatspräsidenten Sali Berisha. Man kann auch ohne Zögern behaupten, die Grundsteine der Demokratie sind gelegt und fest verankert. Die von Berisha vorgeschlagene Verfassung hätte viele Rechte und Freiheiten auch weiter untermauert, wenn sie vom Volke angenommen gewesen wäre.

Im Vergleich zu den entwickelten Nationen Europas scheint die albanische Demokratie aber schon etwas trüb und befleckt. Mit dem Oppositionsführer, Fatos Nano, im Zuchthaus von Tepelena, mit einer Polizei, die nach wie vor oft brutal über Menschenrechte hinweg schaut, und mit einem neuen Sicherheitsdienst SHIK (*Shërbim Informativ Kombëtar* / Nationaler Informationsdienst), der Briefe öffnet, Telefongespräche abhört und sich überall einmischen soll, besteht Anlaß zu Sorge.

Albanien ist kein Land mit ruhmreichen, demokratischen Traditionen, auf denen die jetzige Generation aufbauen kann. Seine Geschichte ist die der Tyrannei und der Unterdrückung: fünf lange Jahrhunderte osmanischer Missherrschaft bis zum Jahre 1912, ein Jahrzehnt von politischem Chaos, fünfzehn Jahre (1924-1939) obskurantischer Diktatur unter Ahmet Zogu, einem Großgrundbesitzer und General, der sich am 1. September 1928 zum 'Zogu den Ersten, König der Albaner' ernannte, faschistische Besatzung während des Zweiten Weltkrieges und, *last but not least* ein halbes Jahrhundert (1944-1990) Isolation und uneingeschränkten Terror unter der allmächtigen, surrealistischen Partei der Arbeit und Enver Hoxha.

Eine demokratische Verfassung, wenn sie vom Parlament genehmigt und in irgendeiner Form vom Volke bestätigt werden könnte, würde sicherlich dazu beitragen, die Anfänge der Demokratie und des Wirtschaftswachstums zu fördern. Eine neue Verfassung allein wird aber

nicht ausreichen. Die Probleme des Landes sind in allen Bereichen einfach zu dringend und zu überwältigend. Es ist ja fraglich, ob irgendeine Regierung oder politische Partei in der Lage wäre, mit den Problemen umzugehen, um die ungeduldig gewordenen Wähler zufriedenzustellen. Die derzeitige Opposition scheint auf jeden Fall keine richtige Lust zu haben, die Macht zu übernehmen.

Letzten Endes sind die zahlreichen Fehlentwicklungen im Lande, seien sie wirtschaftlicher oder rechtlicher Natur, keine von der regierenden Partei bewußt eingeleiteten Schritte, um Albaniens *rapprochement* mit Europa zu gefährden oder um Bürgerrechte zu verletzen. Werden Menschenrechte und Grundfreiheiten noch verletzt, so stammt dies eher von dem Sog der Kontinuität und von den soziopolitischen Traditionen des Landes, - dunkle Kräfte, denen nicht so leicht zu entkommen ist.

"It is hard to be hurled from somewhere about the fourth century, at latest, into the twentieth, without one breathing-space.

Robert Elsie